Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1631

07. 05. 82

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 12. Mai 1982 am Donnerstag, dem 13. Mai 1982

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Dr. Ahrens (SPD)	107, 108
Frau Benedix-Engler (CDU/CSU)	58
Berschkeit (SPD)	86, 87
Biehle (CDU/CSU)	38, 39
Bindig (SPD)	97, 98
Frau Blunck (SPD)	114, 115
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	24, 45
Börnsen (SPD)	1, 2
Borchert (CDU/CSU)	92
Breuer (CDU/CSU)	16, 17
Broll (CDU/CSU)	19, 20
Catenhusen (SPD)	120, 121
Clemens (CDU/CSU)	43, 44
Conradi (SPD)	53, 54
Dr. Czaja (CDU/CSU)	28, 29
Daweke (CDU/CSU)	26
Eigen (CDU/CSU)	95, 96
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	116, 117
Fischer (Osthofen) (SPD)	55
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	69, 70
Gansel (SPD)	74, 75
Frau Geiger (CDU/CSU)	99
Glos (CDU/CSU)	61, 62
Dr. Häfele (CDU/CSU)	59
Hansen (fraktionslos)	71
Dr. Hennig (CDU/CSU)	25, 35
Herberholz (SPD)	36, 37
Holsteg (FDP)	105, 106
Dr. Hornhues (CDU/CSU)	21
Frau Hürland (CDU/CSU)	67, 68
Dr. Hupka (CDU/CSU)	13, 52
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	32
Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	63, 64
Jaunich (SPD)	33, 34
Jungmann (SPD)	76, 77
Kirschner (SPD)	88, 89
Lambinus (SPD)	82, 83
Dr. Laufs (CDU/CSU)	42
Lennartz (SPD)	3, 4
Lenzer (CDU/CSU)	102
Frau Dr. Lepsius (SPD)	46, 47
Leuschner (SPD)	110, 111
Linsmeier (CDU/CSU)	84, 85
Lintner (CDU/CSU)	5, 6
Meinike (Oberhausen) (SPD)	80, 81
Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	65, 66
Milz (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Müller (CDU/CSU)	27

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter **Börnsen** (SPD)

Ist es richtig, daß die Bemessung der Tätigkeit der Postbediensteten in den Poststellen I und II zu einer Reduzierung der Öffnungszeiten der Poststellen bis zu 35 Prozent führen wird, und hält die Bundesregierung diese Einschränkung für vereinbar mit dem am 2. Dezember 1981 durch den Bundestag beschlossenen Konzept für die Postversorgung auf dem Lande?

2. Abgeordneter **Börnsen** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung unternommen, um das Dienstleistungsangebot der Poststellen auf dem Lande zu vergrößern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Lennartz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele Bürger auf Grund der Bund- Länder-Vereinbarung, energieeinsparende Maßnahmen zu fördern, Anträge auf Bewilligung von Zuschüssen gestellt haben, wegen des erheblichen Antragsüberhangs aber nicht mehr in den Genuß von Zuschüssen kommen werden, und befürchtet sie nicht, daß das Vertrauen dieser Bürger, das ja nicht zuletzt durch die intensive Werbung und die Aufforderung zur Energieeinsparung entstanden ist, auf diese Weise verletzt wird und dies gegebenenfalls zu weiterer Staatsverdrossenheit führt?

4. Abgeordneter **Lennartz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, unter diesem Gesichtspunkt das aufgelegte Programm doch noch über das Jahr 1982 hinaus fortzuführen oder zumindest die bis zum 31. Dezember 1981 vorliegenden Anträge noch in irgendeiner Form zu bezuschussen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

5. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung den Bericht einer deutschen Tageszeitung vom 16. April 1982 bestätigen, wonach ein Bundesbürger bei der Einreise in die DDR am Übergang Hirschberg in schikanöser Weise fünf Stunden lang von DDR-Grenzorganen kontrolliert worden ist?

6. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Art des Vorgehens der DDR-Grenztruppen protestiert, und ist sie bereit, die DDR-Behörden darauf hinzuweisen, daß eine Häufung derartiger Vorfälle nicht ohne Konsequenzen auf das Verhalten der Bundesregierung bleiben könne?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Inwieweit sind die Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes der Empfehlung ihres Dachverbands gefolgt, bis 20. März den Arbeitsämtern ihren Bedarf an Arbeitskräften für die Saison 1982 zu melden?

8. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Wieviel freie Stellen sind in diesem Zusammenhang gemeldet worden?

9. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie viele der von der Bundesanstalt für Arbeit angeschriebenen 2,5 Millionen Kindergeldempfänger, die von der Herabsetzung der Altersgrenze der Kinder betroffen sind, haben bis zum 1. Mai 1982 nicht geantwortet, und wie viele davon wären nach den Schätzungen der Bundesregierung weiterhin empfangsberechtigt, wenn sie reagiert hätten?

10. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie hoch war bisher der mit dieser Aktion verbundene Gesamtaufwand für die Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeitsämter und die Eltern (Verwaltungsaufwand, Porti usw.), und um wieviel v. H. haben in Kindergeldfragen in den ersten vier Monaten dieses Jahrs die formlosen Eingaben, Beschwerden und Rückfragen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs zugenommen (hier eventuelle Schätzung)?

11. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß vom Arbeitsgericht Reutlingen ein Normenkontrollverfahren wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes nach dem Gesetz für Kündigungsfristen für Angestellte aus dem Jahr 1926 in bezug zu den Kündigungsfristen für Arbeiter eingeleitet wurde, und hat die Bundesregierung die Absicht, diesem Verfahren beizutreten?

12. Abgeordneter **Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Hinblick auf die Schülerunfallversicherung Unterschiede zwischen Schülern allgemeinbildender bzw. beruflicher Schulen im Bereich der Privatschulen gemacht werden (im einen Fall Gemeindeversicherungsverband, im anderen Fall Berufsgenossenschaften), die zu erheblichen Kostennachteilen für den beruflichen Bereich führen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, in dieser Legislaturperiode ein Änderung dieser Ungleichbehandlung herbeizuführen?

13. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der geänderten Bemessungsgrundlage und der Leistungssätze für die Teilnahme an Sprachförderungsmaßnahmen jugendliche Aussiedler trotz fehlender Sprachkenntnisse das Angebot der Sprachförderung verweigern und sich gleich um einen Arbeitsplatz bemühen, und ist die Bundesregierung bereit, die Änderung der Sprachförderungs-Verordnung aus diesem Grund zu korrigieren?

14. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie sind die Vorwürfe von Bundeskanzler Schmidt auf der DGB-Kundgebung zum 1. Mai, daß der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, mit den monatlich herausgegebenen Arbeitsmarktdaten „Schwarzmalerei“ betreibe, zu verstehen?

15. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Erwartet der Bundeskanzler angesichts seiner geäußerten Vorwürfe, daß in Zukunft die bei der Bundesanstalt für Arbeit vorliegenden Daten über die Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht mehr veröffentlicht werden sollen, und wenn ja, auf welche Weise soll die Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit dann darüber unterrichtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

16. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 40 v. H. der Männer eines Geburtsjahrgangs weder Wehr- noch zivilen Ersatzdienst ableisten, und welche Gründe sind dafür gegebenenfalls maßgebend?

17. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die mögliche Erhebung einer „Wehrausgleichsabgabe" zur Herstellung einer verbesserten Wehrgerechtigkeit?

18. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Stimmen Äußerungen der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen", wonach es einen Regierungsentwurf geben soll, der vorsieht, daß Zeitsoldaten, die sich während ihrer Dienstzeit zur Kriegsdienstverweigerung entschließen, mit Beträgen bis zu eintausend DM regreßpflichtig gemacht werden sollen (wie die „Evangelischen Kommentare" Nr. 4/82 berichten), und würde solch eine Maßnahme nicht den Bemühungen um eine gerechtere Behandlung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissengründen widersprechen?

19. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat bzw. wird die in 1982 vorgesehene Auflösung von zivilem Bewachungspersonal für die Truppe hinsichtlich Dienstzeitbelastung und Einsatzbereitschaft der Verbände haben?

20. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Pläne hat die Bundesregierung hinsichtlich der Reduzierung des zivilen Bewachungspersonals bei der Bundeswehr für 1983?

21. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, das Bundeswehrkrankenhaus in Osnabrück zu schließen?

22. Abgeordneter **Wimmer (Neuss)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen unter anderem in der Rheinischen Post vom 7. Mai 1982 zu, nach denen Überprüfungen bei den gemeinsam mit den deutschen Soldaten beim Flugkörpergeschwader 2 in Geilenkirchen eingesetzten verbündeten Streitkräften einen hohen Anteil von Drogenabhängigen ergeben haben, und durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, die Disziplin wiederherzustellen?

23. Abgeordneter **Wimmer (Neuss)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten bestehen nach Ansicht der Bundesregierung für die UdSSR, bei den auf dem gesamten Staatsgebiet der UdSSR eingerichteten SS 20 Stellungen Raketen des Typs SS 16 (interkontinentale Version der SS 20) zu installieren, und welche Überprüfungsmöglichkeiten könnten sich in diesem Zusammenhang ergeben?

24. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

In welcher konkreten Art und Weise (s. Antwort auf meine Frage 109 in Drucksache 9/1592) ist die Bundesregierung darauf „eingerichtet", wenn entsprechend ihrem Kampfauftrag Stoßtrupps der DDR-Grenztruppen überraschend und handstreichartig in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vordringen sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

25. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

In welche Weise hat die Bundesregierung bisher auf die Grundsatzrede des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vom 24. Februar 1982 vor der Organisation Amerikanischer Staaten reagiert, in der er ein Wirtschaftsprogramm für das Karibische Becken und Mittelamerika vorlegte und in diesem Zusammenhang gemeinsame Anstregungen auch der Europäer forderte, und welche zusätzlichen Etatansätze sind hierfür im Nachtragshaushalt 1982 und im Bundeshaushalt 1983 vorgesehen?

26. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten bereits 1972 ein Abkommen getroffen haben, um einen atomaren Krieg von ihren eigenen Staatsgebieten fernzuhalten und etwaige Auseinandersetzungen auf das Gebiet der Verbündeten zu begrenzen, wie dies kürzlich Presseinformationen zufolge, ein Mitglied der Regierungsfraktionen zitiert hat?

27. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der Goethe-Institute zum Goethe-Jahr 1982?

28. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung in der auf dem NATO-Gipfel beabsichtigten Fortschreibung des Harmel-Berichts (Plenarprotokoll 9/97, S. 5849) neben der Rüstungskontrolle und dem Gleichgewicht auch als eine der zukünftigen politischen Hauptaufgaben der Allianz ausdrücklich den Abbau der Schranken in Europa, „eine gerechte und dauerhafte Ordnung in Europa" und die Überwindung der Teilung Deutschlands (Nummer 12) durch die Wiedervereinigung (Nummer 11) erhalten wissen, damit auch diese Ziele konkreter als bisher verfolgt werden, oder sollen diese Ziele nur ein verbaler Erinnerungsposten neben berechtigtem Bemühen um menschliche Erleichterungen sein?

29. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Bestand zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesverteidigungsministerium einerseits und dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft andererseits Einvernehmen darüber, daß der Transfer auch sicherheitspolitisch relevanter Güter nach Nordkorea und Vietnam (Die Welt 30. April 1982) ohne Cocom-Genehmigung gestattet wird?

30. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung nunmehr nach der ordnungsgemäß durchgeführten Wahl und der Wahl von Dr. Magana Borja durch die verfassungsgebende Versammlung zum Interimsstaatspräsidenten wieder einen Botschafter nach El Salvador entsenden?

31. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Zuge einer Neubeurteilung El Salvadors bereit sein, neben der Entsendung eines Botschafters auch Entwicklungshilfemaßnahmen zu gewähren?

32. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus dem unter anderem von dem Friedenspreisträger Leszek Kolakowski unterzeichneten „Polnischen Appell an die Deutschen" zu ziehen, in dem unter anderem die Forderungen erhoben werden, bis zur Erfüllung der Bundestagsentschließungen über Polen alle direkten und indirekten Kredite an die Sowjetunion oder Polen zu unterlassen, auf das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR zu verzichten und humanitäre Hilfe für Polen nur über kirchliche oder unabhängige caritative Organisationen durchzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

33. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Welche Rolle spielt Essigsäureanhydrid bei der Heroingewinnung, und trifft es zu, daß ein deutsche Firma verschiedentlich als Lieferant von Essigsäureanhydrid hierbei in Erscheinung getreten ist?

34. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist es angebracht, in die Bekämpfung der Heroinproduktion beschränkende Maßnahmen im Hinblick auf Produktion, Vertrieb und Abgabe von Essigsäureanhydrid einzubeziehen?

35. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bund der Vertriebenen, der von Anfang an an der Gestaltung und Verbesserung des Lastenausgleichs mitgearbeitet hat, über ihre Erwägungen, einschneidende Änderungen im Lastenausgleichsrecht vorzunehmen, zu informieren und die Vertretung der davon betroffenen Vertriebenen rechtzeitig anzuhören, damit sie ihre umfangreichen Erfahrungen auf diesem Gebiet in die anstehenden Planungen einbringen kann?

36. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der beabsichtigten Änderung der Lärmschutzzone II des Flugplatzes Büchel, nämlich der Veränderung der Einflugschneise, und der am 12. März 1982 bekanntgewordenen Absicht der Gesellschaft für Deutsche Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, im Bereich der dann „ehemaligen" Einflugschneise eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe zu bauen?

37. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Bei wieviel anderen militärischen Flugplätzen in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Vergangenheit bei der Erarbeitung der relevanten Flugbetriebsdaten durch Optimierung von Flugverfahren und Flugstrecken der Lärmschutzbereich neu festgesetzt worden, und bei wieviel Flugplätzen ist diese Neufestsetzung in Zukunft geplant?

38. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es nicht nur ein Mißbrauch des Gastrechts, sondern auch einen Verstoß gegen deutsches Recht darstellt, wenn Ausländergruppen die in ihren Heimatländern bestehenden politischen Gegensätze auf deutschem Boden gewaltsam austragen, und falls die Bundesregierung dieser Auffassung zustimmt, welche Konsequenzen beabsichtigt sie unter Berücksichtigung der jüngsten Ausschreitungen, die sich in Bonn und Mainz zugetragen haben, zu ziehen?

39. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind vorbeugende Maßnahmen gegen gewaltsame Ausländerdemonstrationen nicht auch nach Ansicht der Bundesregierung notwendig, um zu verhindern, daß die Rechte deutscher Bürger eingeschränkt und auch Leben und Gesundheit unserer Polizeibeamten aufs Spiel gesetzt werden, und stimmt die Bundesregierung zu, daß entsprechende Maßnahmen auch erforderlich sind, weil durch derartige Gewalttätigkeiten die Vorwürfe über angeblich in Teilen unserer Bevölkerung vorhandene Ausländerfeindlichkeit neue Nahrung erhalten können?

40. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Forschungsergebnisse bekannt, wie sich der „Saure Regen" in der Umgebung von Kohlekraftwerken auf die Gesundheit der Menschen auswirkt, und wie wird, falls sie der Bundesregierung bekannt ist, die Studie von 200 US-Wissenschaftlern beurteilt, nach der in der Umgebung von Kohlekraftwerken die Lebenserwartung um 15 Jahre sinkt?

41. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Gibt es auf europäischer Ebene gemeinsame gesetzliche Bestimmungen oder Anstrengungen dazu, dem „Sauren Regen" durch beispielsweise Rauchgasentschwefelungsanlagen wirkungsvoll entgegenzutreten?

42. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Bewertung des Bundesinnenministers in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Innenausschusses vom 27. April 1982, daß die vom IFEU-Institut Heidelberg als Ergebnisse einer vom Bundesforschungsminister mit 0,73 Millionen DM geförderten Studie über „Sekundärkreislaufemissionen an Leichtwasserreaktoren" aufgestellten wesentlichen Behauptungen „technisch und wissenschaftlich nicht haltbar sind", sowie die Bewertung von Schlußfolgerungen in einer IFEU-Studie über Mißbildungen an Neugeborenen als „unzutreffend und unseriös" durch den Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler (vgl. Plenarprotokoll 9/96, S. 5796) zum Anlaß nehmen, die Förderung des IFEU-Instituts mit Steuergeldern umgehend einzustellen?

43. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus akutem Personalmangel im Bundesgrenzschutzeinzeldienst das Grenzschutzamt Braunschweig nicht, wie unbedingt notwendig, rund um die Uhr besetzt ist und beispielsweise die Übergangsstellen zur DDR Duderstadt und Bergen-Dumme nur mit einem einzigen Beamten besetzt sind, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, um die Grenze hinreichend zu sichern?

44. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Bundesgrenzschutz bei den einzelnen Grenzschutzstellen nur mangelhaft ausgerüstet ist, so daß im Bereich des Grenzschutzamts Braunschweig noch nicht einmal für die Hälfte der Beamten Helme und Schlagstöcke bei notwendigen Einsätzen zur Verfügung stehen?

45. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie viel Mann der an der Zonengrenze stationierten 16 Abteilungen des Bundesgrenzschutzes (s. Antwort auf meine Frage 110 in Drucksache 9/1591) sind im Bereich der Zonengrenze einsatzbereit, und ist es überhaupt ihr Auftrag, stoßtruppartigen Übergriffen der DDR-Grenztruppen entgegenzutreten?

46. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Planungen sind von seiten des Bundesarchivs in Koblenz nach Fertigstellung der Dauerausstellung im Rastatter Freiheitsmuseum mittelfristig für die nächsten Jahre ins Auge gefaßt, und ist deren sachliche und wissenschaftliche Betreuung haushaltsmäßig abgesichert?

47. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wann kann mit der definitiven Räumung noch im Rastatter Schloß befindlicher Dienststellen und dem Beginn von Bauarbeiten im Sybillenflügel gerechnet werden, und welche konzeptionellen Auswirkungen wird die Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten für das Rastatter Freiheitsmuseum haben?

48. Abgeordneter **Topmann** (SPD)

Stimmt die Behauptung, daß der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten grundsätzlich auf Formblatt Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil eines Verwaltungsgerichts einlegt, wenn darin einem Asylbewerber das Recht auf Asyl zugestanden wird, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls eine solche Vorgehensweise unter dem Gesichtspunkt, Asylverfahren beschleunigt abzuwickeln?

49. Abgeordneter **Topmann** (SPD)

Wie hoch ist die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Berufungsverfahrens, das der Bundesbeauftragte nach einem erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsurteil anstrengt, und um welchen Zeitraum wird dadurch ein Asylverfahren verlängert?

50. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die fristlose Kündigung des Bundestrainers Vlado Stenzel durch den Deutschen Handballbund für vereinbar mit der Bundestrainervergütungsordnung, und wie stellen sich die Vertragsbeziehungen dar?

51. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus diesem Vorgang hinsichtlich der Behandlung des Deutschen Handballbunds und der von ihm eingestellten Bundestrainer?

52. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag eines Fernsehprogramms der europäischen Fernsehstationen für Europa, und hat sie bereits Vorstellungen, ob dieses europäische Fernsehprogramm von den Anstalten des öffentlichen Rechts, des Bundesrechts oder Privatstationen entwickelt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

53. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß sich im Bundesjustizministerium drei Referenten mit der Wehrstrafgerichtsbarkeit befassen (Spiegel Nr. 15/82), und welche jährlichen Personalkosten verursachen diese Referate?

54. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Auf welcher rechtlichen bzw. gesetzlichen Grundlage rekrutiert das Bundesjustizministerium Richter, Staatsanwälte und Justizangestellte für Wehrstrafgerichte?

55. Abgeordneter **Fischer (Osthofen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung die verwaltungsgerichtliche Praxis bekannt, bei Klagen gegen die Erteilung von Genehmigungen zum Bau eines Kernkraftwerks von der Möglichkeit abzusehen, Verfahren zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung zu verbinden, mit der Folge, daß jeder einzelne Kläger mit den vollen Verfahrenskosten belastet wird (vgl. Frankfurter Rundschau vom 21. April 1982), und welche gesetzlichen Möglichkeiten sieht sie, dies zu verhindern?

56. Abgeordneter **Schröer (Mülheim)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Generalbundesanwaltschaft, daß die Kriminalität gegenüber in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern im Lauf dieses Jahrs in besorgniserregender Weise zugenommen hat?

57. Abgeordneter **Schröer (Mülheim)** (SPD)

Wieviel und welche solcher kriminellen Handlungen gegen Ausländer sind in diesem Jahr begangen worden, bei denen als Motivation Ausländerfeindlichkeit angenommen werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

58. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der inzwischen in mehreren Ländern erfolgten Anhebung der Kilometervergütung im Öffentlichen Dienst von 36 auf 42 Pfennig die Frage einer Erhöhung der steuerlichen Kilometerpauschale nunmehr zu erwägen?

59. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung den nunmehr von allen Seiten als erforderlich gehaltenen Nachtragshaushaltsplan 1982 im Deutschen Bundestag einbringen?

60. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, die die gegenwärtigen Wertstellungspraktiken der Banken und Sparkassen bei Buchungsvorgängen auf Girokonten vereinheitlicht und dadurch eine Vor- bzw. Rückdatierung im Interesse der Verbraucher unterbindet?

61. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Gesetzesinitiativen zur Verwirklichung der steuerpolitischen Beschlüsse des SPD-Parteitags – insbesondere zur Einführung einer Arbeitsmarktabgabe und Ergänzungsabgabe, zur Erhöhung des Spitzensatzes bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, zur Anhebung

der Vermögensteuer zur Erhöhung der Familienbesteuerung durch Einschränkung des Ehegattensplittings sowie zur zusätzlichen Belastung der freien Berufe mit einer gewerbesteuerähnlichen Abgabe – zu ergreifen?

62. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß des SPD-Parteitags, auf weitere Steuersenkungsprogramme zu verzichten, nachdem eine Koalitionsvereinbarung Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer zum 1. Januar 1984 vorsieht?

63. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die vom Bundesbauminister entgegen seiner Antwort vom 22. April 1982 auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Talfahrt des Eigenheimbaus geäußerte Absicht, auch Bauherren und Erwerbern von Einfamilienhäusern die steuerliche Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen zu eröffnen (vgl. General-Anzeiger vom 7. Mai 1982)?

64. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die von ihr im 2. Haushaltsstrukturgesetz durchgesetzte Streichung der Möglichkeit des Schuldzinsenabzugs für selbstgenutzte Zweifamilienhäuser im Hinblick auf die vom Bundesbauminister mittelfristig verfolgte Zielsetzung hinsichtlich der steuerlichen Behandlung der Eigenheimer?

65. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte (Wirtschaftswoche Nr. 16 vom 16. April 1982) bestätigen, nach denen sich die Anzahl der Ausbildungsplätze bei den sechs größten Unternehmen mit Bundesbeteiligung im Jahr 1982 gegenüber 1981 verringert hat?

66. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Welche Gründe werden für diese Verringerung des Angebots an Ausbildungsplätzen angegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

67. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt haben die Bergbauunternehmen im Jahr 1981 die Erhöhung des Kohlepreises beantragt, und mit welcher Begründung wurde die Kohlepreiserhöhung abgelehnt?

68. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der beantragte erhöhte Kohlepreis bereits von Antragstellung an von den Bergbauunternehmen den Abnehmern in Rechnung gestellt wurde, und wenn ja, mit welchen Mitteln wird sie gegen diese nichtgenehmigte Kohlepreiserhöhung gegebenenfalls vorgehen?

69. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Zahl der Selbständigen nennen, welche im Jahr 1981 ihre Betriebe bzw. ihre selbständige Tätigkeit aufgegeben haben, und wie viele Arbeitskräfte von dieser Entwicklung betroffen sind?

70. Abgeordneter **Funk (Gutenzell)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Branchen und Berufszweige von diesen Betriebsauflösungen besonders betroffen sind, und welche Gründe für den Rückgang der Selbständigen maßgebend sind?

71. Abgeordneter **Hansen** (fraktionslos)

Wird die Bundesregierung in ihrer Antwort auf das Auskunftsersuchen des Staatssekretärs im niedersächsichen Wirtschaftsministerium, Klaus-Otto Nass, ob die IDEE in Hannover gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz nach Artikel 26 des Grundgesetzes verstößt, auch auf den moralischen Aspekt der öffentlichen Zurschaustellung und Anpreisung von Vernichtungswaffen oder Teilen davon durch geschäftstüchtige Manager eingehen?

72. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung beabsichtigt, für Kriegswaffenexporte nach Malaysia und Indien Hermes-Bürgschaften zu erteilen?

73. Abgeordneter **Peter (Kassel)** (SPD)

Welche vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland haben, unter Berücksichtigung des Bündnisinteresses, zur Genehmigung dieser Waffenexporte geführt?

74. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist es zutreffend, daß nach den neuen Waffenexportrichtlinien eine bisher rechtlich mögliche Zustimmung zur Lieferung von U-Booten nach Chile nicht erfolgen kann, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Sicherung der dadurch betroffenen Arbeitsplätze ergreifen?

75. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Produktions-, Beförderungs- und Exportgenehmigungen nach dem Kriegswaffen- bzw. Außenwirtschaftsgesetz sind für Waffen- und Rüstungsgüterlieferungen nach Argentinien zur Zeit gültig?

76. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zur Sicherung der durch den Lieferstopp für Kriegswaffen nach Argentinien gefährdeten Arbeitsplätze zu tun, und was hat die Bundesregierung bisher vor der Genehmigung von Waffenexporten zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch nichtmilitärische Produkte getan?

77. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß – wie der Spiegel vom 1. März 1982 auf den Seiten 33 und 34 unter dem Titel „Für den Sieg" berichtete – sich deutsche Firmen an der Errichtung eines militärischen Erprobungsgeländes für die Erprobung von Raketen, Artilleriewaffen, Panzern, Unterwasserwaffen und einer Zentrale für die Gesamtanlage in Argentinien beteiligen wollen, und wenn ja, liegt der Bundesregierung ein Antrag nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bzw. nach der Außenwirtschaftsverordnung vor?

78. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Welche Kriegswaffen, Rüstungsgüter und Ersatzteile sind zwischen dem 1. Januar und 7. April 1982 aus der Bundesrepublik Deutschland nach Argentinien geliefert worden?

79. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung erst am 7. April 1982 einen Lieferstopp für Kriegswaffen, Munition und Rüstungsgüter verhängt, und ist gewährleistet, daß bei zukünftigen friedenstörenden Handlungen das Kriegswaffenkontrollgesetz unverzüglich Anwendung finden kann?

80. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung in bezug auf Waffenlieferungen für Argentinien die zur Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes notwendigen Maßnahmen nach § 7 des Kriegswaffenkontrollgesetzes beschließen, oder ist eine Änderung des Gesetzes mit rückwirkender Kraft beabsichtigt?

81. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

In welcher Weise werden nach den neuen Waffenexportrichtlinien in Zukunft Einzelentscheidungen über die Ausnahmen von der restriktiven Exportpolitik Gegenstand der Beratungen im Parlament sein?

82. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Für welche Kriegswaffen- und Rüstungsgüterexporte und in welcher Höhe sind in den vergangenen drei Jahren Hermes-Bürgschaften erteilt worden?

83. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Auf welche Summe beziffern sich noch nicht abgewickelte Waffengeschäfte Argentiniens mit deutschen Lieferanten und wie beurteilt die Bundesregierung die Zahlungsfähigkeit Argentiniens?

84. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich die Mun Sekte über Beteiligungen koreanischer und anderer international tätiger Firmen in die deutsche Industrie einkauft, und wenn ja, welche Beteiligungen sind der Bundesregierung bekannt?

85. Abgeordneter **Linsmeier** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Beteiligungen der Mun Sekte und anderer vergleichbarer Sekten an der deutschen Industrie, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

86. Abgeordneter **Berschkeit** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der einzige Ferrochromhersteller in der Bundesrepublik Deutschland, das Elektrowerk Weisweiler, mit ca. 700 Beschäftigten, unter den gegebenen Verhältnissen die Produktion nicht fortführen kann?

87. Abgeordneter **Berschkeit** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Ferrochrom aus deutscher Produktion in die Rohstoffbevorratung einzubeziehen, wie dies in den USA, der Schweiz, Schweden und Frankreich praktiziert wird?

88. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Um wieviel müßte sich das Kilowatt Strom aus Kernkraftwerken verteuern, wenn die 13.6 Milliarden DM, die bisher als finanzielle Gesamtaufwendungen zur Erforschung und Entwicklung der Atomenergie von der öffentlichen Hand insgesamt aufgebracht wurden, in die Preiskalkulation der Energieversorgungsunternehmen eingingen?

89. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Wie hat sich der Anteil der privaten Haushalte am Stromverbrauch seit 1970 jährlich entwickelt?

90. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß etwa seit dem Jahr 1976 der überwiegende Teil der Westkredite an Polen dazu benutzt worden ist, für die Sowjetunion hochspezialisierte Güter westlicher Produktion billig zu beschaffen, indem diese von Polen im Westen gekauft und an die Sowjetunion weitergeliefert werden mußten?

91. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Sowjetunion bei eigenen Warenkäufen im Westen einen realistischen Wechselkurs von rund 2 Rubel für einen Dollar aufbringen muß, daß aber bei Käufen in Polen oder anderen Staatshandelsländern von der Sowjetunion nur ein sogenannter Transferrubel auf der Basis von 0,62 Rubel für 1 Dollar gezahlt wird und daß hierdurch eine wirtschaftliche Ausbeutung Polens in gigantischem Ausmaß verursacht worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

92. Abgeordneter **Borchert** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß es in einigen Bundesländern landeseigene spezielle Agrarkreditsysteme bzw. landwirtschaftliche Existenzsicherungsprogramme gibt, und was gedenkt die Bundesregierung gegen die hierdurch auftretenden Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu tun?

93. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Trifft es zu, wie vom baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Weiser behauptet, daß der Parlamentarische Staatssekretär Gallus die Aufgabe von 100 000 Betrieben als einzige Alternative der Agrarpolitik ansieht, und was hat es mit diesen 100 000 Betrieben wirklich auf sich?

94. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, was auf dem Gebiet der Ursachenforschung für das „Tannensterben" tatsächlich geschieht, nachdem – wie in der Fernsehsendung „Report" im März behauptet – in Sachen „Tannensterben" jedes einzelne Bundesland unkoordiniert nach den Ursachen forschen läßt?

95. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung ihre Haltung in bezug auf eine Sperrung der Grenze nach Dänemark für Fleischimporte überprüfen, nachdem feststeht, daß die Maul- und Klauenseuche nicht nur auf Fünen, sondern auch auf Seeland ausgebrochen ist?

96. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wenn die Bundesregierung die Grenze nach Dänemark wegen der dort herrschenden Maul- und Klauenseuche nicht sperrt, ist sie dann bereit, die volle Haftung bei Folgeschäden zu übernehmen?

97. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Kann die Bundesregierung angesichts des großen Vogelsterbens am Bodensee, welches auf die Verwendung des hochgiftigen Mittels Endrin zurückzuführen ist, angeben, in welcher Menge in der Bundesrepublik Deutschland chlorierte Kohlenwasserstoffe (Endrin, Lindan) verwendet werden?

98. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vertrieb, die Einfuhr und die Verwendung von Endrin und Lindan zu verbieten, und wann kann eine solche Verbotsregelung frühestens wirksam werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

99. Abgeordnete **Frau Geiger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem von Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 propagierten Ziel, „Leistungen der Frauen in der Familie müssen ebenso hoch bewertet werden wie Frauenarbeit im Beruf", näherzukommen, und was ist für diese Legislaturperiode von der Bundesregierung noch geplant?

100. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)

Sind Bonn und Brüssel gegenüber den Schwierigkeiten für die Anwendung des derzeitigen EG-Warenbegleitscheinverfahrens für Weintransporte einsichtig, wie der rheinland-pfälzische Weinbauminister Otto Meyer meint (vgl. „Pfälzer Bauer" vom 17. April 1982, Seite 14)?

101. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)

Welche konkreten Ergebnisse haben bisher die Gespräche der Bundesregierung mit dem rheinland-pfälzischen Weinbauministerium über die strikte Einhaltung des EG-Warenbegleitscheinverfahrens durch das Land Rheinland-Pfalz gebracht, nachdem die Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Herberholz hin ihre Bereitschaft zu einem Einwirken auf das Land Rheinland-Pfalz erklärt hatte?

102. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wonach durch Hochspannungsfreileitungen Gefährdungen für die Gesundheit der Anwohner hervorgerufen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

103. Abgeordneter **Sauer (Stuttgart)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Betriebskosten – zusätzlicher Speisewagen, zusätzlicher Erstklassewagen, zusätzliche Lok zur Bereitstellung, zusätzliche Beschäftigung von Personal (zwei Zugbegleiter, zwei Bahnpolizeibeamte, drei Mitarbeiter als Speisewagenpersonal), Überführung der Wagen von München nach Stuttgart und Rückführung von Köln nach München – für den Auftritt von Bundesverkehrsminister Dr. Hauff als Speisewagenkellner (Fernsehwette bei Frank Elstner's „Wetten, daß . . .) nahezu 5 000 DM betragen haben und für die Freifahrten der begleitenden Journalisten weitere 5 000 DM anzusetzen waren?

104. Abgeordneter **Sauer (Stuttgart)** (CDU/CSU)

Werden die entstandenen Mehrkosten bei dieser Fahrt des Intercity 514 „Kurpfalz" am 16. März 1982 vom Bundesverkehrsminister persönlich bezahlt, oder wird dafür letztlich der Steuerzahler zur Kasse gebeten?

105. Abgeordneter **Holsteg** (FDP)

Können nach Auffassung der Bundesregierung die vom Deutschen Wetterdienst Offenburg für die Landwirtschaft bisher erarbeiteten Daten so verfeinert werden, daß dadurch ein gezielterer und sparsamerer Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für bestimmte Maßnahmen möglich wird (integrierter Pflanzenschutz)?

106. Abgeordneter **Holsteg** (FDP)

Bestehen bejahendenfalls beim Deutschen Wetterdienst die hierfür erforderlichen personellen und sachlichen Voraussetzungen, bzw. können sie geschaffen werden?

107. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Anteil der getöteten und schwerverletzten verunglückten Moped/Mokickbenutzer nach Einführung der Helmtragepflicht verändert hat, und wie diese Entwicklung bei verunglückten Mofabenutzern verlaufen ist?

108. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung die Einführung einer Helmtragepflicht mit Verwarnungsgeld auch für Mofabenutzer?

109. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen in Schleswig-Holstein, wonach mehreren schleswig-holsteinischen Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn, namentlich den Strecken – Husum – St. Peter-Ording, Neumünster – Heide – Büsum bzw. Neumünster – Bad Oldesloe durch mangelnde Investitionen der Deutschen Bundesbahn und dadurch bedingte Beeinträchtigung der Betriebssicherheit (z. B. Funktionsfähigkeit von Weichen) eine Streckenstillegung durch die Hintertür droht, ohne daß ein alternatives Verkehrsangebot eröffnet wird?

110. Abgeordneter **Leuschner** (SPD)

Zu welchem Preis ist der angeblich abgängige und „schrottreife" Saugbagger „Wilhelm Krüger" anläßlich der Teilprivatisierung der Naßbaggerei in Brunsbüttel an das Beauftragte Privatunternehmen veräußert worden?

111. Abgeordneter **Leuschner** (SPD)

Wo wird der zur Zeit durch das Privatunternehmen instandgesetzte Saugbagger „Wilhelm Krüger" klassifiziert werden?

112. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Gab es vor der Teilprivatisierung der Naßbaggerei in Brunsbüttel Pläne im Bereich des Bundesverkehrsministers, den Saugbagger „Wilhelm Krüger" nach Durchführung von Instandsetzungsarbeiten mit verminderten Mannschaftsstärken in öffentlicher Regie zu kostengünstigen und konkurrenzfähigen Bedingungen weiterzubetreiben?

113. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Zu welchen finanziellen Bedingungen und für welche Zeit ist dem Privatunternehmen die Naßbaggerei in Brunsbüttel teilweise übertragen worden?

114. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Ist der Bundesregierung ein von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB erstelltes Gutachten über die Privatisierung der Naßbaggerei im Emdener Hafen bekannt, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls aus den Ergebnissen des Gutachtens?

115. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß Privatunternehmen zunächst zu für sie unauskömmlichen Dumpingpreisen in die Naßbaggerei einsteigen, um später, nach Veräußerung der Regiebagger und nach Erwerb einer Monopolstellung, einseitig hohe Preise fordern zu können?

116. Abgeordneter **Fischer (Hamburg)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung den vom Haushaltsausschuß mit Beschluß vom 2. Dezember 1981 einstimmig geforderten Fünf-Punkte-Bericht zur Bundesbahn nicht termingerecht zum 1. April dieses Jahrs vorgelegt, und wann ist nunmehr mit der Vorlage zu rechnen?

117. Abgeordneter **Fischer (Hamburg)** (CDU/CSU)

Wie müßte die Bundesregierung nunmehr das vom Haushaltsausschuß mit Beschluß vom 2. Dezember 1981 gestellte Auskunftsverlangen pflichtgemäß beantworten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

118. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der bereits vom 15. Oktober 1984 auf den 15. Juli 1985 verschobene Start des deutsch-französischen Rundfunksatelliten sich noch weiter verzögern wird?

119. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das „Porzer Picknick“ der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. in Köln mit Mitteln der öffentlichen Hand finanziert wird, und wie beurteilt die Bundesregierung bei positivem Ergebnis diese Aktivitäten?

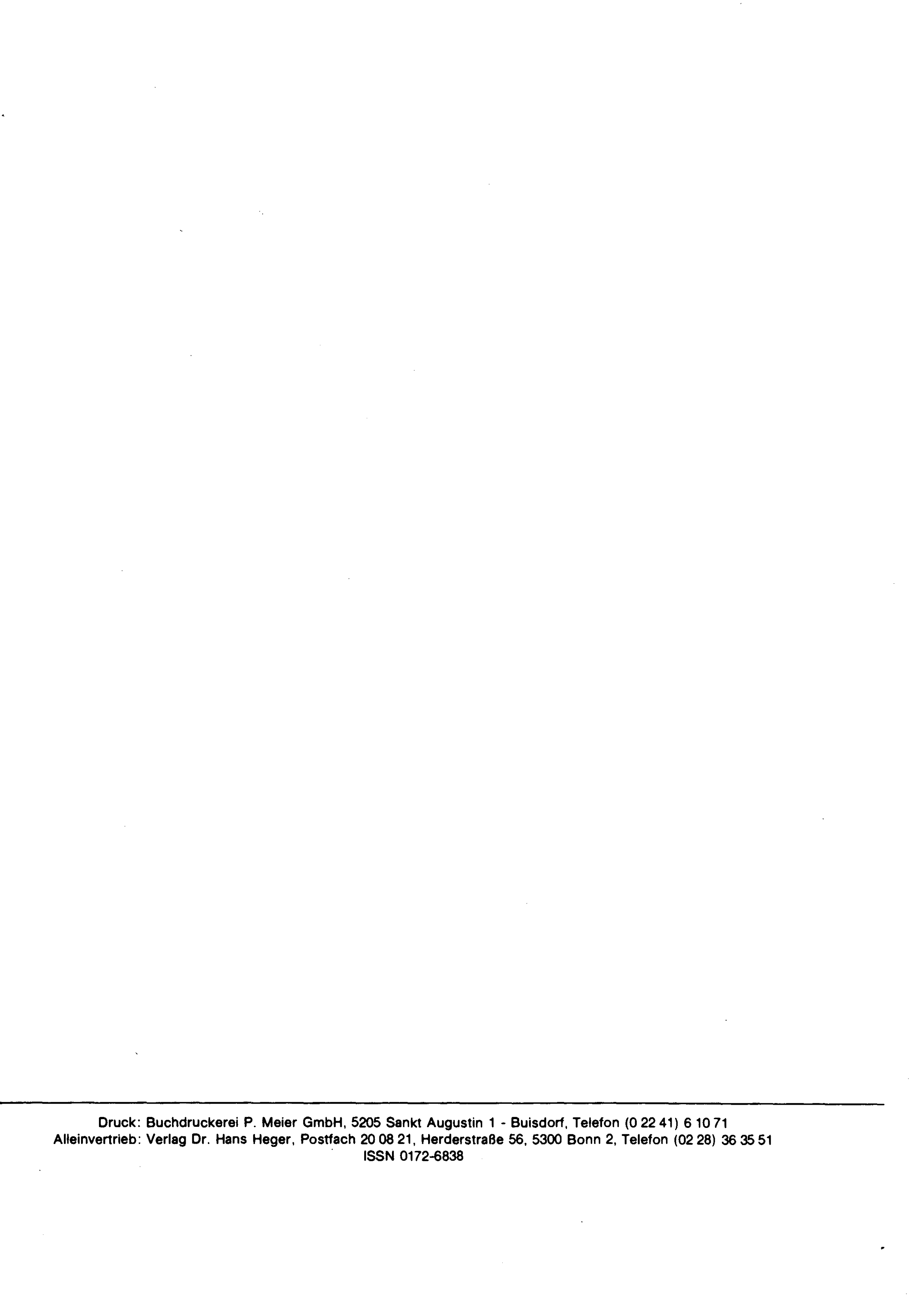
120. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Erklärung (Staatsminister Dr. Corterier am 29. April 1982), daß argentinische Wiederaufarbeitungsanlagen ohne Hilfe, Beratung und Zusammenarbeit seitens des Kernforschungszentrums Karlsruhe entstanden sind bzw. entstehen, mit der Vereinbarung zwischen der Gesellschaft für Kernforschung mbH (GfK) Karlsruhe und der Comisión Nacional de Energía Atómica der argentinischen Republik vom 29. Juli 1971, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit u. a. „Teilnahme argentinischer Wissenschaftler an Arbeiten der GfK auf dem Gebiet der Rückgewinnung von Plutonium aus Wasserreaktoren“ vorsieht?

121. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Auf welche Bereiche hat sich die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der Nukleartechnologie zwischen der GfK Karlsruhe und der Republik Argentinien seit 1971 erstreckt?

Bonn, den 7. Mai 1982



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838